

**Scribner, Charity: After the Red Army Faction. Gender, Culture, and Militancy, New York, NY (Columbia University Press) 2014.**

**Vieten, Ulrike M. (Hrsg.): Revisiting Iris Marion Young on Normalisation, Inclusion and Democracy, Basingstoke (Palgrave Macmillan) 2014.**

## BESPRECHUNGEN

### **Behnam T. Said, Islamischer Staat, IS-Miliz, al Qaida und die deutschen Brigaden. München (C.H.Beck Verlag) 2014.**

Blankes Entsetzen landauf, landab: Seit Sommer 2014 gleichen sich die Nachrichten aus dem Bürgerkriegsland Irak. Da ist die Rede von der Vertreibung ganzer Dorf- und Stadtbevölkerungen, der Plünderung ihrer Häuser und Geschäfte, von Folter in allen Varianten, von Massakern an Andersgläubigen als Strafe für die Weigerung zu konvertieren, von der öffentlichen Zurschaustellung Erhängter und Gekreuzigter, von der Verwüstung religiöser Kultstätten, der Entweihung von Kirchen und Klöstern, von Kidnapping zwecks Lösegelderpressung. Und immer wieder von sexueller Gewalt an Frauen und Mädchen. Scheußlichkeit reiht sich an Scheußlichkeit. Es scheint als wäre ein Horrorfilm zur Realität mutiert. Und hinter allem steckt eine obskure kriminelle Organisation, die gleichsam aus dem Nichts die Bildfläche betrat.

Aus dem Nichts? Von wegen! Wen die Ereignisse ab Jahresmitte 2014 überrumpelt haben, der braucht dieses Buch. Es setzt die Genealogie der dschihadistischen Bewegungen ins Bild, angefangen in Syrien mit den ersten Auflehnungen gegen die nationalistisch-säkulare Baath-Partei des älteren Assad bis zum vorläufigen Schlusspunkt der bewaffneten Unterwerfung ganzer Provinzen durch den „Islamischen Staat“. Und es beschreibt den ideologischen Überbau dieser Bewegungen mit seinen Schnittmengen und Gegensätzen, Verzweigungen und Spaltungen. Die wohl fröhteste Selbstauskunft der heute tonangebenden Gotteskrieger stellt die Gründungserklärung des „Islamischen Staates im Irak“ vom Oktober 2006 dar. Darin gilt die vollständige Vertreibung der „Invasoren und Aggressoren“ aus dem Irak als vor-

rangiges Ziel. Wer damit gemeint war, ließ sich unschwer erraten. Außerdem werde künftig das öffentliche Leben auf der buchstabengetreuen Anwendung der Scharia beruhen. Und auch die Gewaltkomponente ist bereits ausgebildet. Der Islamische Staat soll aufgebaut werden „beginnend mit Worten und endend mit Blut“.

Wie kam es zu dieser Entwicklung? Unter den Führungskadern von al Qaida hatte es über die Ausrichtung des Kampfes gegen den imperialistischen Hauptfeind stets Auseinandersetzungen gegeben. Nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ nahmen sie an Schärfe zu. Denn in den Augen vieler Anhänger ließ die Erfolgsbilanz des Terrornetzwerks zu wünschen übrig. Mit einer ähnlich spektakulären Anschlagsserie wie der des 11. Septembers konnte es kein zweites Mal aufwarten. Nur ein radikaler Strategiewechsel schien den Ausweg zu weisen. Die Diskussion reanimierte einen alten dschihadistischen Topos: die Unterscheidung zwischen dem „nahen Feind“ und dem „fernen Feind“. Danach behielten die geografisch abgelegenen USA ihren strategischen Rang als Gegner Nummer eins. Aber sie sollten nicht mehr unmittelbar angegriffen oder durch direkte Anschläge auf ihre europäischen und asiatischen Verbündeten geschwächt werden. Ins Fadenkreuz rückten jetzt die autokratischen Regime in der arabischen Welt. Indem man sie stürzte, so das Kalkül, ließ sich dem Westen die Basis seines Einflusses in der Region entwinden.

Fast die Gesamtheit der seit 2013 von dschihadistischen Milizen zu verantwortenden Anschläge im Mittleren Osten und in Nordafrika war nicht auf westliche Ziele, sondern gegen „nahe Feinde“ gerichtet. Zur treibenden Kraft hinter dem Konzept wurde der „Islamische

Staat“. Je rasanter sein Vormarsch und je größer die erzielten Geländegewinne, umso ausgreifender sein Herrschaftsanspruch: Aus dem Islamischen Staat „im Irak“ wurde der „im Irak und in Syrien“ (April 2013) und schließlich der „Islamische Staat“ ohne jede geografische Begrenzung (Juni 2014).

Fachlich korrekte Informationen einem größeren Publikum allgemeinverständlich näher zu bringen, macht sich das schmale Taschenbuch zur Aufgabe. Keine Frage, sie ist vorzüglich gelöst. Das Buch ruht auf einem breiten Fundament an Fakten und Daten, gliedert sein Thema stringent und argumentiert dicht am präsentierten Material. Bei aller Anschaulichkeit bleibt die Sprache nüchtern, auch wo sie enthemmte Barbarei zu schildern hat. Soweit so gut oder genauer: besser als gut. Als Einstiegslektüre rundum empfehlenswert.

Dem gegenüber steht eine fast asketisch anmutende Enthaltsamkeit beim Fällen politischer Urteile. Auf S. 64 gibt der Autor einen praxisrelevanten Rat, es ist der einzige im ganzen Buch: Die internationale Gemeinschaft möge den syrischen Kindern psychologische Hilfe leisten, damit sie ihre traumatischen Kriegserfahrungen überwinden können. Wer wollte da widersprechen? Aber wer braucht das Buch, um diesen Schluss zu ziehen? Die Hilfeleistung soll geschehen, „wenn der Bürgerkrieg zu einem Ende kommt“ (S. 64). Und was könnte uns diesem erstrebenswertem Ziel auch nur einen Millimeter näher bringen? Unwahrscheinlich, dass Behnam Said dazu keine Meinung hat. Wer so viel weiß von einem hochbrisanten Gewaltkonflikt, muss bei der Problembeschreibung nicht stehen bleiben. Zweiundzwanzig Mitglieder zählt die Arabische Liga, nach der schlichten Logik des

IS sämtlich prädestiniert zum „nahen Feind“. Aber nur zwei sind der Invasion der Terrormiliz tatsächlich zum Opfer gefallen: Irak und Syrien. Beide verloren die Kontrolle über rund ein Drittel ihres Territoriums und sie konnten es trotz militärischer Unterstützung von außen bis Anfang 2015 nicht zurückerobern. Ihr weiteres politisches Schicksal ist offen. Was verbindet den Irak und Syrien und was unterscheidet sie von den übrigen Staaten ihres regionalen Umfelds? Könnte diese Frage vielleicht den Schlüssel bergen zu einer erfolgsfähigen politischen Widerstandsstrategie gegen den dschihadistischen Mordrausch im Mittleren Osten?

Mit der deutschen Dschihad-Szene befasst sich ein Exkurs am Ende des Buches. Er nimmt ein knappes Drittel des Werkes ein. Der Titelbegriff „die deutschen Brigaden“ führt jedoch in die Irre. Denn rein nationale Kontingente finden sich unter den Glaubenskämpfern im transnationalen Gemetzel zwischen Euphrat und Tigris einstweilen noch nicht – anders als z.B. während der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts im Spanischen Bürgerkrieg, wie der Autor eigens hervorhebt. Die Kapitelüberschrift „Deutsche im syrischen Jihad“ trifft den Inhalt schon genauer. Geschildert werden Lebenswege und soziale Hintergründe prominenter deutschsprachiger Gotteskrieger, was sie antreibt, wie sie geworben werden und wer sie auf welche Weise in die Kampfgebiete einschleust. Auf rund 900 islamistisch motivierte Personen westlicher Herkunft, die in moslemische Länder ausgereist sind, um sich militärischen Organisationen anzuschließen, wird der Dschihad-Tourismus geschätzt. Die Angabe stammt aus dem Jahr 2013. Inzwischen werden weit höhere Zahlen kolportiert. Insgesamt wirkt der Exkurs ein wenig als habe da jemand sein weiteres Fakten- und Erfahrungswissen noch irgendwie unterbringen wollen. Oder das seines Arbeitgebers? Said arbeitet als Orientalist am Landesamt für Verfassungsschutz in Hamburg.

Reinhard Mutz

**Ian Morris: Krieg. Wozu er gut ist, Frankfurt/Main (Campus Verlag) 2013.**

Schon mit dem Titel zu seinem jüngsten Werk wählt der Historiker an der Stanford University und gebürtige Brite Ian Morris

einen äußerst provokanten Einstieg in das wissenschaftlich gerade in Deutschland immer noch unterforschte Themengebiet Krieg. Allein die Vorstellung, dass Krieg, wenn auch nur indirekt und auf sehr lange Sicht gesehen, überhaupt zu etwas „gut“ sein könnte, wird sich mit den Vorstellungen weiter Teile der hiesigen Friedens- und Konfliktforschung nur schwer vereinbaren lassen. Umso spannender gestaltet sich daher die Frage, ob sich die in der Überschrift angedeutete These von Morris auch nur annähernd aufrechterhalten lässt. Das Potenzial wesentliche Grundannahmen der Friedens- und Konfliktforschung in Frage zu stellen besitzt diese zweifelsohne.

Krieg, so die zentrale These von Morris, sei sehr wohl zu etwas gut gewesen. Er habe die Welt auf lange Sicht gesehen sicherer und reicher gemacht. Krieg sei die Hölle, aber – gemäß dem Paradoxon des kleineren Übels – nicht so schlimm wie seine Alternative: nämlich Gewalt auf Steinzeitniveau als Normalzustand, und das Tag für Tag.

Morris These besteht aus vier Punkten. Erstens, so behauptet er, hätten Kriege zu zahlenmäßig größeren Gesellschaften höherer Ordnung geführt. Diese hätten wiederum das Risiko ihrer Mitglieder, eines gewaltsaufgelösten Todes zu sterben, vermindert. Auf lange Sicht – 10.000 Jahre – sorge der Krieg für Staaten und Staaten für Frieden. Den Rückgang gewaltsaufgelöster Todesfälle – in Relation zur Bevölkerungsgröße – zwischen der Steinzeit und dem 20. Jahrhundert bezeugt Morris in diesem Zusammenhang auf 90 Prozent. Zweitens behauptet Morris, dass Krieg zwar die denkbar schlimmste Methode zur Schaffung größerer, friedfertigerer Gesellschaften sei, aber andererseits so ziemlich die einzige, auf die der Mensch gekommen wäre. Damit, so seine Überlegung, sei der Krieg doch zu etwas gut gewesen. Drittens folgert Morris, dass größere Gesellschaften mit mehr Sicherheit und Frieden zu mehr Prosperität geführt und damit die Welt auch reicher gemacht hätten. Schließlich behauptet er, dass der Krieg sich heute selbst um sein Geschäft bringe. Die Menschheit sei mittlerweile in der Lage ihre Kriege so destruktiv und effizient zu führen, dass der Krieg selbst Krieg unmöglich zu machen beginne.

Nachdem Morris in der Einleitung seine These entwickelt hat, erzählt er in den ersten fünf Kapiteln die Geschichte des Krieges, angefangen bei prähistorischen Jäger- und Sammlerhorden bis hin zur atomaren Konfrontation im Kalten Krieg. Dabei ist er auf der Suche nach den großen Entwicklungslinien. Den für ihn entscheidenden Trend erkennt Morris darin, dass Krieg unter gewissen Umständen eine „produktive Kraft“ sein könne, indem er für die Entstehung von mächtigen staatlichen Gemeinwesen („Leviathanen“) sorge, die wiederum für mehr Sicherheit und Reichtum sorgten. Unter anderen Umständen könne Krieg aber auch ausgesprochen kontraproduktiv werden, indem er größere Gesellschaften wieder in kleinere, ärmerre und gewalttätigere Zerschläge. Unter gewissen Umständen, die Morris aktuell für gegeben hält, könne der Krieg produktiver denn je wirken, indem er nicht nur „Leviathane“, sondern weltweit wirkende „Globocops“, aktuell in Form der „Pax Americana“ hervorbringe. Im sechsten Kapitel stellt Morris seine Überlegungen in einen breiteren evolutionären Kontext, bevor er sich im siebten Kapitel der Frage annimmt, welche Richtung die Welt im 21. Jahrhundert einschlagen werde. Theoretisch unternimmt Morris den Versuch die, aus seiner Sicht, vier grundsätzlichen Betrachtungsweisen des Krieges – persönlich, militärgeschichtlich, technisch und evolutionsbezogen – zu verbinden und daraus den Sinn des Krieges zu erklären. Niemandem sei es bisher gelungen alle vier Betrachtungsweisen zu meistern.

Die Grundthese von Morris ist so eingängig wie erklärmächtig und stützt sich auf eine umfangreiche empirische Basis. Der Titel seines Werkes könnte auch lauten: „Die Theorie vom Globocop, seine Entstehung durch Krieg und seine Wirkung auf den Frieden“. Für Morris besteht die Kriegsgeschichte aus Zyklen „produktiver“ und „unproduktiver Kriege“. Erst mit dem Ackerbau und dem daraus resultierenden „Caging-Prozess“ sei die „produktive“ Form des Krieges entstanden. Aktuell scheinen gemäß Morris die produktiven Kräfte zu überwiegen. Mit einer Fülle praktisch-historischer Beispiele, auch in einer interkontinental vergleichenden Betrachtung, veranschaulicht Morris die Erklärungskraft seiner „Globocoptheorie“. So erkennt er in der Ab-

wesenheit eines starken „Weltpolizisten“ eine wesentliche Voraussetzung für den zunehmenden Rückgriff auf Gewalt im Vorfeld der Entstehung sowohl des I. als auch des II. Weltkrieges. Routiniert wirft Morris in diesem Zusammenhang u.a. mit Rückgriff auf die Herzlandtheorie Mackinders auch einen Blick auf geostrategische Aspekte der deutschen Kriegsgeschichte, die – obwohl von entscheidender Bedeutung – in der deutschen Geschichtsinterpretation oftmals vernachlässigt werden.

Offen bleibt die Frage einer möglichen Leviathan-/Imperienbildung auch ohne Krieg. Dass Morris selbst nicht den Versuch unternimmt seine These aktiv zu falsifizieren, ist insofern nicht als Manko zu sehen, als es ihm zunächst darum gehen musste, diese überhaupt erst zu entwickeln und aufzubauen. Die in diesem Kontext aufgezeigten kriegs- und evolutionsgeschichtlichen Entwicklungslinien weisen dabei ein hohes Maß an Überzeugungskraft auf und machen die Stärke seiner These deutlich. Jedoch wäre ein empirisches Beispiel gelungener Leviathan-/Imperienbildung ohne die vorausgehende Bedingung eines „produktiven Krieges“ ausreichend, um seine These nachhaltig herauszufordern. Damit könnte gegebenenfalls verdeutlicht werden, dass der „produktive Krieg“ vielleicht nur eine häufige Begleiterscheinung oder ein begünstigendes Momentum jedoch keine notwendige Bedingung für die Entwicklung von Leviathanen/Imperien sein könnte. Die Grundthese von Morris wäre damit immer noch relevant, sie würde jedoch in einem deutlich anderen Licht erscheinen.

Kriegstheoretisch lehnt sich Morris u.a. an den Strategieforscher Edward Luttwak an. Das Paradoxon nicht-linearer Logik von Gewalt durchzieht hierbei wie ein roter Faden das gesamte Werk. Von Carl von Clausewitz nutzt Morris insbesondere das Theorem vom „Kulminationspunkt“ zur Interpretation verschiedener kriegshistorischer Ereignisse. Dass Morris seinen kriegstheoretischen Selbstanspruch einer Vereinigung von vier Betrachtungsweisen des Krieges nicht vollumfänglich einlösen kann – technische Studien kommen im Gegensatz zu militär- und evolutionsgeschichtlichen Aspekten etwas kurz, kriegstheoretische und kriegsphilosophische Überlegungen sind eher nicht Gegenstand der Betrachtung – tut der

Qualität des Gebotenen keinen Abbruch. Die Schlussthese einer möglichen Auflösung des Krieges in einer „Pax Technologica“, bei der Gewalt durch den informationstechnologischen Fortschritt in Form einer „digitalen Vernetzung von allem mit jedem“ bedeutungslos werde, ist eher als spekulativ denn als überzeugend anzusehen. Sie liefert jedoch eine weitere kreative Anregung, um über die Möglichkeit einer Welt ohne Krieg nachzudenken.

Mit Blick auf die Zukunft stellt sich Morris die Frage, was geschieht, wenn der heutige amerikanische „Globocop“, an Überzeugungskraft verliert, neue asymmetrisch agierende Akteure auf den Plan treten und gleichzeitig die „unbekannten Unbekannten“ zunehmen? Bereits die „bekannten Unbekannten“, beispielsweise in Form eines „zweiten Atomzeitalters“ oder eines automatisierten „Roboterkrieges“ stellen kaum überschaubare Herausforderungen dar. Größere Kriege, so Morris, seien bereits heute planerisch zurück auf der Agenda u.a. der USA. Dies betrifft u.a. Ostasien und die asymmetrische Herausforderung durch China. Ein denkbarer Machtverlust des amerikanischen „Weltpolizisten“ bliebe gerade auch für Europa nicht ohne Konsequenzen. Funktioniert doch die außen- und sicherheitspolitische „Taubenstrategie“ Europas, so Morris, nur unter dem Schutzhelm amerikanischer „marsianischer“ Macht. Trotz der von ihm selbst aufgezeigten grundsätzlichen Möglichkeit, dass sich der Krieg selbst um sein Geschäft bringen und durch den technologischen Fortschritt letztendlich auflösen könnte, kommt Morris zu der Schlussfolgerung, dass die nächsten 40 Jahre die gefährlichsten unserer Geschichte werden.

Insgesamt bietet Ian Morris mit „Krieg. Wozu er gut ist“ eine solide wie inspirierende Betrachtung der Zusammenhänge zwischen Krieg, Frieden und der Entwicklung von Staatlichkeit. Damit verbindet sich eine anschauliche Betrachtung der Evolutions- und Revolutionsgeschichte militärischer Entwicklungen. Sein globaler und vergleichender Blickwinkel sticht hierbei besonders hervor. Morris liefert damit einen konstruktiven wie originellen Beitrag, um die „Forschungslücke Krieg“ ein Stück weit zu schließen.

Johann Schmid

**Staack, Michael/ Dan Krause (Hrsg.), Europa als sicherheitspolitischer Akteur. Schriftenreihe des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit e.V. (WIWIS), Opladen, Berlin, Toronto (Verlag Barbara Budrich) 2014.**

Es scheint fast, dass die aktuelle Entwicklung in der europäischen politischen Sicherheits-Szenerie über dieses Buch hinweg gestürmt sei; denn dessen Beiträge sind um die Jahreswende 2013/14 geschrieben worden und ein Aufsatz zum Thema „EU und Ukraine-Assoziiierung“ war zu jener Zeit noch nicht so drängend aktuell, wie man dies heute nach Krim und Donezk empfindet. Dieser erste Schein, vielleicht gelenkt von einem etwas vordergründigen Suchen nach aktuell brauchbaren Hinweisen für die Post-Ukraine-Zeit, trügt aber. Das zeigt sich bereits in dem Beitrag über „Die EU und Russland – Barrieren auf dem Weg zu einer stabilen sicherheitspolitischen Partnerschaft“. Dem Autor Kian Kottke geht es nämlich um die „scheinbar mangelnde Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft der beiden Seiten“ (S. 104f.) aufgrund von normativen Differenzen und Feindbildern sowie eines unterschiedlichen Verständnisses von Sicherheit, aber auch wegen grundverschiedener Strukturen und Funktionen der Institutionen und Organisationen hüben und drüben. Voraussetzung für die Bewältigung von Konflikten sei, so der Autor, eine „ausreichende normative Systemkompatibilität“ (S. 113). Dies zu ignorieren und den anderen nicht in die eigenen Sicherheitsplanungen mit einzubinden, führe unweigerlich dazu, dass die Konflikte nicht beigelegt werden können, weil zu deren Lösung immer die Beteiligung beider Seiten und deren normative Annäherung notwendig sei. Das aber bedeutet, auch an die eigene Adresse gerichtet, zu verstehen, dass Russland und der Rest Europas mehr eint als sie trennt. So gesehen sind alle Beiträge nach wie vor aktuell, da sich an der Sicherheitsmalaise der EU und den Herausforderungen nichts geändert hat.

Die eigenen Barrieren werden, nach Ländern, nach europäischen Organisationsproblemen oder nach politisch-strategischen Verfahren, sichtbar gemacht. Einleitend fragt Egon Bahr, ob die bisherigen Erfahrungen bei der Gestaltung von Sicherheit der EU mit oder trotz

unterschiedlicher Rechtssysteme schon oder noch tragen, oder wie er beißend feststellt, diese doch nur eine traurige Lachnummer sei.

Zunächst wird zu bedenken sein, dass die EU sich erst seit etwa 15 Jahren und so richtig erst seit Lissabon 2009 zu einem eigenständigen und von den USA nicht komplett abhängigen Akteur in der Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt. Die Europäische Sicherheitsstrategie, die European Battle Groups, das Pooling & Sharing-Konzept, die European Defense Agency und selbst die Hohe Vertreterin sollen die Kooperation in der EU fördern – wirklich greifende Instrumente für eine europäische Politik sind daraus aber noch nicht geworden. Es bestehen also weiterhin deutliche „Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ (S. 10), so die Herausgeber. Aus ihrer Sicht soll der Sammelband daher „denkbare Perspektiven für die Revitalisierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (S. 11) aufzeigen. Und dazu gehört zunächst eine Debatte um Europas Selbstverständnis als „weltpolitischer Akteur“ (Teil 1 der Beiträge) und die „Notwendigkeit einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik“ (Teil 2 der Beiträge). Diese könne dann zu weiteren und/oder vertiefenden Schritten führen, vor allem auch zur Ergänzung der militärischen Sicherheitspolitik und deren Fähigkeiten durch die „Entwicklung ziviler Fähigkeiten zum Krisenmanagement“ (S. 12). Dabei könnte die Europäische Union aufgrund ihrer Erfahrungen aus der eigenen Geschichte der Aussöhnung und Integration nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Politikangebote wesentliche Beiträge in einer multilateral organisierten Weltordnung leisten. Immer wieder geht es um den schweren aber nicht unmöglichen Weg von der Konfrontation zur Kooperation, wie Egon Bahr nicht müde wird zu betonen, oder darum, ob und wie Europa außen- und sicherheitspolitisch erwachsen werden kann: „Europa findet noch immer nicht statt.“ (S. 23).

In den Beiträgen geht es im Wesentlichen um drei Fragen:

*Was soll die Rolle der EU bzw. deren Angebot als gemeinsamer außen- und sicherheitspolitischer Akteur in der multipolaren Welt sein?*

Nach Michael Staack ist eine politische Idee für die Zukunft Europas gefragt, und

die könnte folgenderweise beschrieben werden: Europa als internationale Friedensmacht. Das bedeutet, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zu fördern und Transparenz in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erhöhen. Europa bietet sich dann als Krisenmanager an. Dafür seien ein wirklich integrativer Ansatz zur Außen- und Sicherheitspolitik und daraus abgeleitet eine Strategie und Abstimmungsprozesse notwendig. Zivil-militärische Kräfte sollen dabei, wie Jochen Rehrl formuliert, als ein europäisches Krisenmanagementwerkzeug dienen und entsprechende Entscheidungs- und Kommandostrukturen haben. Und Jörn Thießen spricht von „Projekten von Morgen, die über die greifbaren Realien der Tagespolitik hinausgehen“ (S. 165).

*Was bedeutet das für die EU-Staaten und deren strategische Instrumente?*

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die EU aus historischen und anderen Gründen sowie Interessen schnell gespalten ist, wenn es um Details geht. Nicolai von Ondarza meint: „Nicht zuletzt konnten alle institutionellen Reformen politische Differenzen der Mitgliedstaaten nicht lösen, sodass die EU-Vertretung in kontroversen Fragen wie dem Libyenkonflikt oder dem Verhalten gegenüber Israel und Palästina weiterhin wenig konkret und oft vielstimmig war“ (S. 136). Es geht aber auch um freiwilligen Souveränitätsverzicht und damit um eine Neufassung des Souveränitätsverständnisses. Hans-Georg Ehrhart legt entsprechend den Finger in die Wunde mit der Frage: Wer ist bereit, zu Gunsten kollektiver Fähigkeiten auf was zu verzichten? Ebenso sei die permanente Zusammenarbeit und der Multilateralismus nicht zu Gunsten eines zeitnahen politischen Handelns aufzugeben. Für Staack gilt: „Integrierende Führung durch normativen Multilateralismus bleibt für die deutsche Außenpolitik die bessere Strategie“ (S. 195). Und Thießen sieht im „ersehnten Diskurs“ (S. 165) in der Öffentlichkeit über Mittel und Strategien, die einer Demokratie zur Bewältigung von Krisen zur Verfügung stehen, auch ein Instrument für den Inner-EU-Diskurs.

Ohne stärkere Vernetzung der EU-Sicherheitspolitik drohe eine Vernachlässigung eines elementaren Politikfeldes durch die beteiligten Regierungen. Die nationalen Souveränitäten seien daher durch euro-

päische zu ersetzen und das heiße auch, dass die Zusammenarbeit in der EU einer EU-parlamentarischen Begleitung und Kontrolle bedarf.

*Worum soll es konkret in der EU-Sicherheitspolitik gehen?*

Nils Müller meint, dass die bereits bestehenden Instrumente nur qualitativ weiterzuentwickeln oder durch ihre Vernetzung besser zu nutzen seien. Staack fordert generell eine „vorausschauende Sicherheitsvorsorge durch Krisenprävention und Interessenausgleich“ (S. 195). Zusätzlich könnte, so Erich Csithovits, ein Weißbuch der Europäischen Union zu ihrer zivil-militärischen Sicherheitspolitik zur Verständigung über eine gemeinsame strategische Kultur über die bisher erreichte Fassung der Europäischen Sicherheitsstrategie hinausgehen. Dazu gehöre dann auch die Verständigung über geopolitische Prioritäten für die EU-Sicherheitspolitik. Die in diesem Buch dargestellten Schwerpunkte würden die EU wohl zum global player machen. Man bedenke nur:

- der Mittelmeerdialog zwischen den Zivilisationen und Kulturen, Freihandel und eine schrittweise Entwicklung zu einer Zone des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit;
- der Indopazifische Raum, in dem die EU sich nach der geopolitischen Kräfteverschiebung durch Obama seit 2011 zwar nicht als Machtfaktor, aber doch als Partner verstehen sollte;
- oder die Konzentration auf die unmittelbare europäische Nachbarschaft.

Zum anderen soll es durch Bildung einer Europäischen Armee nach den Vorstellungen der Autoren auch um die Verbesserung der militärischen und zivilen Fähigkeiten gehen – dabei geht es nämlich um nicht weniger als um die Einstimmigkeit von Beschlüssen, die Souveränitätsvorbehalte, die freiwillige Bereitstellung von Personal, die Finanzierung usw. Dabei könnte auch das Konzept des Pooling & Sharing als Bestandteil eines weitreichenden, über den Verteidigungsbereich hinausgehenden Prozesses der europäischen Identitätsbildung dienen.

Ernüchternd stellt man mit Ondarza fest: „Die EU bleibt auch nach institutionellen Neuerungen ein komplexer, schwer in analytische Kategorien zu fassender

außenpolitischer Akteur“ (S. 141), kann aber vielleicht dennoch als „außenpolitischer Akteur im Werden“ (S. 142) mit Signalwirkung bezeichnet werden. Beziehen wir dies auf die EU-Außen- und Sicherheitspolitik in 2015, dann wird man aus den Ansätzen und Analysen dieses Buches viele Anregungen entnehmen können, zum einen ganz praktisch um die Handlungsfähigkeit in der Ukraine-Krise zu verbessern und zum anderen um EU-gemeinsam Wege zu entwickeln und zu gehen, dass derartig schier aussichtlose politische Situationen in Europa nicht wieder eintreten. Denn wie gesagt: An der Sicherheitsmalaise der EU und den Herausforderungen hat sich noch nichts geändert.

Claus Freiherr von Rosen

**Heinz Dieter Jopp (Hrsg.), Maritime Sicherheit im 21. Jahrhundert, Baden-Baden (Nomos Verlagsgesellschaft) 2014, 383 S.**

Maritime Fragen scheinen in Deutschland für viele nur von größerem Interesse zu sein, wenn es um Kreuzfahrten auf den Weltmeeren geht. Maritime Sicherheitsfragen stoßen kaum auf politisches und öffentliches Interesse. Selbst in der deutschen sicherheitspolitischen Forschungslandschaft existieren große Lücken, wenn es um Herausforderungen geht, die mit dem maritimen Raum zu tun haben. Dieser Befund bestätigt die von Fachleuten zu hörende Klage, dass Deutschland in gewisser Weise „seebblind“ sei. Das ist sehr erstaunlich, wenn man sich die objektive Bedeutung des Seeraumes für Europa im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen vor Augen hält. Sie wird prägnant verdeutlicht durch die vom Deutschen Maritimen Institut propagierte Formel 70-80-90: Demnach sind 70 Prozent der Erdoberfläche von Meeren bedeckt, 80 Prozent der Menschheit wird 2050 in einem Küstenstreifen von 100 km Tiefe leben und 90 Prozent des Transports von Gütern und Waren erfolgt über die Meere.

In den letzten Jahren sind zwar einige grundlegende Studien zur Piraterie und zum maritimen Terrorismus erschienen. Eine Gesamtübersicht über maritime Sicherheit im 21. Jahrhundert stand aber noch aus. Diese Lücke zu schließen ist das Anliegen des von Heinz Dieter Jopp herausgegebenen Sammelbandes. Im Ge-

gensatz zu früheren wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts maritime Sicherheit vor allem unter militärischen und verteidigungspolitischen Gesichtspunkten analysierten, geht das hier behandelte Buch zeitgemäß von einem weit gefassten Sicherheitsbegriff aus.

Nach einem Vorwort des Bundestagsabgeordneten und Sicherheitspolitikers Roderich Kiesewetter und der Einleitung des Herausgebers untersuchen die Autoren im ersten von fünf Teilen die Wandlung der Begriffe Seemacht und Strategie von der Zeit des Kalten Krieges bis heute (Heinz Dieter Jopp), den Verständniswandel von maritimer Seemacht zur maritimen Sicherheit im 21. Jahrhundert (Clemens Gause), die Entwicklungstrends und Handlungsfelder künftiger maritimer Sicherheit (Heiko Borchert) und den Beitrag des internationalen Seerechts zur Friedenswahrung und Sicherheitsgestaltung (Michael Stehr).

Das zweite Kapitel befasst sich mit der Rolle Europas und Deutschlands als maritimen Akteuren. Die Autoren analysieren die Zukunft der EU als maritim-sicherheitspolitischer Akteur (Felix Seidler), die Rolle maritimer Sicherheit in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik (Tjorven Bellmann und Jasper Wieck), den künftigen Gebrauch des Militärischen in einer Welt, in der die Akteure zunehmend auf den Einsatz von smart power statt hard power zu setzen scheinen (Joachim Krause) und die Rolle des Instruments der Sicherheitssektorreform zur Verbesserung der maritimen Sicherheit (Peter Eitel). Der dritte Teil beschäftigt sich mit dem wichtigen Thema der maritimen Wirtschaft und dem Nutzen neuer Technologien. Dabei handelt es sich um ein Thema, das mehr als zwei Beiträge verdient hätte. Während Ulrik Neupert sich mit neuen technischen Entwicklungen insbesondere im Bereich der Antriebe und Seeraumüberwachung beschäftigt, problematisiert Ralf Brauner die Nutzung und Sicherung der Meere unter den Aspekten Nahrung, Rohstoffe und Energie.

Im vierten Teil untersuchen die Autoren regionale Räume. Torsten Albrecht, Carlo Masala und Konstantinos Tsetsos befassen sich mit der Arktis und ihrer künftigen Nutzung angesichts des fortschreitenden Klimawandels, der neue Seewege öffnen wird. Weitere Themen

sind die Bedeutung des Mittelmeers als südliche Flanke der EU vor dem Hintergrund anhaltender Instabilitäten in Nordafrika und im Nahen Osten (Fernando Sanfelice di Monteforte), die sicherheitspolitischen Veränderungen im Gebiet des Indischen Ozeans und dessen Bedeutung für die globalen Wirtschaftsinteressen und deren Schutz (Wolfgang Wagner), die Umbrüche im ostasiatischen Raum mit den Interessenengesätzen zwischen China und Japan (Frank Umbach), das Beziehungsverhältnis Chinas zu den ASEAN-Staaten (Wilfried A. Hermann) und die künftige Bedeutung des nordatlantischen Raums, der sich vom machtpolitischen Schachbrett des Kalten Krieges zu einer Region für postmoderne Sicherheit zu entwickeln scheine (Sebastian Bruns).

Das abschließende fünfte Kapitel enthält ein Fazit des Herausgebers, in dem er die aus unterschiedlichen Blickwinkeln gemachten Aussagen des Buches mittels der Kategorien Kooperation, Konfrontation und Multilateralismus systematisiert und auf einige Kernaussagen verdichtet. Daraan schließen sich Empfehlungen an die deutsche Politik, Wirtschaft und Wissenschaft an. Sie reichen von der Forderung nach einem wirklich ressortübergreifenden Ansatz für den maritimen Bereich über bessere Zusammenarbeit und mehr Engagement der Wirtschaft für sicherheitspolitische Fragen bis hin zu dem Vorschlag, eine von der Wirtschaft zu finanzierende Stiftungsprofessur für maritime Sicherheit einzurichten.

Das Buch hat – wie könnte es bei einem Sammelband mit 19 Autoren anders sein? – auch Lücken und Schwächen. So wäre es wünschenswert gewesen, wenn es auch thematische Kapitel zu den Herausforderungen Piraterie, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Migration und Proliferation enthalten hätte. Es überwiegen aber klar die Stärken. Eine davon ist die Vielzahl der Perspektiven und Sachbereiche, eine andere die Kompetenz der Autoren und die Qualität ihrer Beiträge. Es ist zu wünschen, dass der Sammelband dazu beiträgt, die deutsche „Seebblindheit“ etwas zu kurieren. Wenn dann noch die geforderte Stiftungsprofessur eingerichtet würde, könnte man von einem Riesenfolg sprechen.

Hans-Georg Ehrhart